

Protokoll KTS Klausurtagung 07. - 09.02.2014 (Erfurt)

Protokoll KTS Winterklausur 07. bis 09. Februar Uni Erfurt

Inhaltsverzeichnis

- 1 Freitag 07. Februar
 - 1.1 Aktuelles und Berichte aus den Hochschulen
 - 1.1.1 Aktuelles und Berichte aus den Hochschulen
 - 1.1.1.1 FH Erfurt
 - 1.1.1.2 Uni Erfurt
 - 1.1.1.3 TU Ilmenau
 - 1.1.1.4 FSU Jena
 - 1.1.1.5 Sprecher
 - 1.1.2 Forderungskatalog
- 2 Samstag 08. Februar
 - 2.1 Forderungskatalog
 - 2.2 Regelwerk
 - 2.3 KTS Homepage / Newsletter
 - 2.4 Forderungskatalog
- 3 Sonntag 09.02.
 - 3.1 Forderungskatalog
 - 3.1.1 Weiteres Verfahren
- 4 Sonntag 09. Februar
 - 4.1 Brainstorming "wie begleiten wir die Landtagswahlen?"
 - 4.2 Abschlussrunde / Termine / Sonstiges

[Bearbeiten] Freitag 07. Februar

- Anwesend: Arne Nowacki, Christian Schaft, Mandy Gratz, Jacob Bohe, Tina Morgenroth, Björn Schröter

Begrüßung / Aktuelles / Tagesordnung

[Bearbeiten] Aktuelles und Berichte aus den Hochschulen

[Bearbeiten] Aktuelles und Berichte aus den Hochschulen

[Bearbeiten] FH Erfurt

- EVAG Ticket wurde in der zweiten Urabstimmung bestätigt
 - 50 % Wahlbeteiligung und ca. 94 % Zustimmung
- Präsidentin wurde abgewählt
 - Die Abwahl liegt derzeit zur Prüfung und Frau Wydra geht rechtlich dagegen vor
 - Vizepräsident Bohrländer leitet kommissarisch die Hochschule
- Auch der Struktur- Entwicklungsplan liegt noch nicht vor und wird sich wegen der aktuellen Gegebenheiten in der Warteschleife
- Systemakkreditierung steht zur Debatte
 - Bis 2016 soll diese eingeführt werden
 - Eine AG arbeitet dazu bereits
- Neues Inklusionsprojekt soll vorgestellt werden.
- Referat HoPo und Soz wollen eine Podiumsdiskussion mit den Hochschulpolitischen/Wissenschaftspolitischen/Bildungspolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen durchführen
- Kommunaler Hochschulbeirat in Erfurt scheidet fortwährend
 - Sitzung wurde einberufen, Themen wurden nicht gesetzt.
 - Über die Themen würde auch nur dann gesprochen, wenn genug Menschen darüber reden wollen
 - Im Stadtrat wurde darüber diskutiert, wie weit der Beirat noch Sinn ergibt.
 - Eine Aussage war, dass der Beirat mal über die EVAG reden müsse
 - Themen: "Fremde werden Freunde",
 - Wird geschildert, dass Bausewein zwar viel Wert auf den Hochschulstandort legt, aber nichts für diesen tut.

[Bearbeiten] Uni Erfurt

- EVAG Ticket
 - 55% Wahlbeteiligung, 94% für ja
- StuRa-Nachwahlen während der Debatte für das Ticket
 - 8% Wahlbeteiligung
 - viele seien vom Wahlstand wieder gegangen, nachdem sie hörten es gehe "nur" um die StuRa-Nachwahl
- Vorstand wurde während der Vollversammlung nicht abgewählt
- Kanzler hat mal vorgerechnet, wie es mit der Universität weiter geht, wenn die Mittel ab 2015 verstetigt werden; erst ab 3% Aufwuchs kann die Universität gehalten werden.
- haben ab 1.4. einen neuen Kanzler (Gehrken)
- Podiumsdiskussion zu kommunalen Bildungsfragen im April
 - Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden auf lokaler Ebene
 -

[Bearbeiten] TU Ilmenau

- Burschenkram
- Frage nach der Kooperation von StuRa und Burschenschaft steht erneut zur Debatte
- StuRa wird demnächst einen neuen Konsul haben
- StuRa der TU Ilmenau berichtet die Geschehnisse in Erfurt als Grund die eigene ÖA zu verbessern Systemakkreditierung: Die QM Gremien finden seit einiger Zeit Unterlagen, die offenbar mit Fehlern erstellt wurden und somit in den Regelkreis zurückgehen - soll demonstrieren, dass das System funktioniert.

[Bearbeiten] FSU Jena

- Der Haushalt des StuRa steht immer noch nicht
 - telefoniert und gedruckt werden darf nur noch über Geschäftsführung und Vorstand
 - Derzeit minimale Arbeitsfähigkeit
 - der letzte Entwurf wurde zunächst defizitär gemacht - und dann hinterher abgelehnt.
- hatten Probleme mit Datenschutz
- viele Leute haben ihr Mandat ruhen
- neueste Version des StEP kam für die Hochschulratsmitglieder an
 - daher noch vertraulich.

[Bearbeiten] Sprecher

- haben letzte Woche zwei PM rausgegeben.
 - Verfassungsschutz/Rüstungsforschung und Hochschulentwicklungsplan
 - Christian wurde von Brodersen angeschrieben, dass die Statusgruppen in den Gremien beteiligt wurden.
 - Christian hat erklärend geantwortet, Brodersen meinte darauf, dass sie dann wohl unterschiedliche Vorstellungen haben.
- am 06. Gespräch mit Marlis und Thomas von der GEW
 - Themen: Zusammenarbeit zwischen GEW und KTS hinsichtlich des Hochschulentwicklungsplans
 - Öffentlichkeit kann noch nicht wirklich hergestellt werden, da der Plan noch nicht im Plenum ist.
 - im Mai soll ein Treffen der Statusgruppen und Gewerkschaften abgehalten werden - Thüringer Hochschulkonvent auf Eigeninitiative.
- Treffen mit Tom Deufel bzgl. Lehrer*innenbildung getroffen.
 - nicht produktiv.
- DB Ticket
 - Arne fasst die Diskussion über den Mailverteiler kurz zusammen
 - Björn meint, dass die Vorentscheidungen schwierig sind, da die Studierendenräte das Ticket an die Studierendenschaften "verkaufen" müssen.

[Bearbeiten] Forderungskatalog

- Diskussion über Form und Zweck des Forderungskatalogs
 - Themensammlung
 - Utopiephase.
 - Clustern.

[Bearbeiten] Samstag 08. Februar

[Bearbeiten] Forderungskatalog

- Beschlussfähigkeit ist gegeben (Uni Erfurt, TU Ilmenau, FSU Jena)
- fortführen der Arbeit des gestrigen Abends.
 - Überarbeitung der Clusterung, erstellen von Überschriften zu mehreren Forderungen/Positionen/Ideen

[Bearbeiten] Regelwerk

- Kurze Diskussion über den derzeitigen Stand und die Begründung für die Pausierung des Verfahrens.
 - Aufgrund der geringen Anzahl von Anwesenden scheint es nicht sinnvoll, dieses Thema weiter zu behandeln.

[Bearbeiten] KTS Homepage / Newsletter

- Christian und Arne stellen fest, dass die Seite soweit funktioniert, beide haben Zugang.
 - Die Migration alter Beiträge wird begonnen
 - die Erstellung neuer Kategorien und Menüeinträge sorgt für Probleme
 - Es wird als sinnvoll erachtet, auf Menschen zu setzen die sich damit auskennen.

[Bearbeiten] Forderungskatalog

- Gewichtung der Metakategorien.
 - Die Kategorien sollen je nach Höhe der Gewichtung unterschiedlich viel Platz bekommen.
 - Reihenfolge: "Verantwortung der Hochschulen" (als Präambel), "Studienbedingungen inkl. Individualisierbares Studium/Umsetzung Bologna und Lissabon Konvention", "Unabhängigkeit von Forschung & Lehre", "Demokratisierung", "gute Arbeit an den Hochschulen", "Ausbau wissenschaftlicher Infrastruktur" sowie gleichberechtigt "Verkehrsinfrastruktur", "stud. Care und Reprod. arbeit / Infrastruktur", "Investition in Bausubstanz".
 - Überlegung, wie das weitere Vorgehen jetzt sein soll.
 - Beispiel Regelstudienzeit: Zur Abschaffung bzw. Alternativenaufzeigung (Mindeststudiendauer) besteht die Pressearbeit der KTS zur Regelstudienzeit.
 - Mandy merkt an, dass auch die Alternative zu Lasten der Studierenden ausgelegt werden kann. Die Regelstudienzeit sagt eigentlich auch nur, dass das Studium in der Zeit abgeschlossen werden kann - nur müssen Studierende sich für die Überschreitung rechtfertigen.

Forderungskatalog der Konferenz Thüringer Studierendenschaften

Soziologisch-ökologisch nachhaltige Hochschule

Studienbedingungen Die KTS fordert...

- die Umgestaltung der Regelstudienzeit zur Mindeststudiendauer. Bis diese Umgestaltung erreicht ist, werden die Hochschulen verpflichtet den Abschluss des Studiums in der angegebenen Zeit zu ermöglichen. Eine Notwendigkeit der Begründung von Studienzeitüberschreitungen seitens der Studierenden ist nicht zu verlangen.
- dass Prüfungszeiträume individuell gestaltbar sind. Das kann beispielsweise mehrere Prüfungszeiträume meinen wie auch individuelle Terminabsprachen mit Prüfenden.
- dass Module und Prüfungen tatsächlich Kompetenzorientiert gestaltet werden. Ausschließlich sachorientierte Lehrveranstaltungs- und Prüfungsformen sind abzulehnen. Die Anerkennung von außerhalb der Hochschulen erworbenen Kompetenzen ist in die Prüfungs- und Studienordnung mit aufzunehmen. Auch Leistungen, die an anderen Hochschulen erbracht und an der eigenen Hochschule müssen angerechnet werden können.
- zur Möglichkeit der individuellen Studiengestaltung die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, sofern diese nicht absolut unumgänglich zum Kompetenzerwerb ist. Das heißt also, dass nur die Veranstaltungen mit Anwesenheitspflichten belegt werden können, in denen direkt Lernergebnisse, wie zum Beispiel die Gestaltung und Weiterentwicklung von Forschungsprojekten, entstehen oder praktische Arbeiten verrichtet werden.
- dass jegliche Einschränkungen hinsichtlich der Studiengestaltung aufgehoben werden. Das schließt auch die Ablehnung jeglicher künstlich vorgeschriebener Fachkombinationen ein.
- dass es bedingungs- und einschränkungslos möglich ist, ein Teilzeitstudium aufzunehmen, aus dem Vollzeit- in ein Teilzeitstudium und wieder zurück zu wechseln und keine Vorgaben bezüglich der minimal und maximal zu erbringenden Leistungspunkte gegeben werden.
- dass Zulassungsbeschränkungen für die Aufnahme eines Studiums aufgehoben werden. Das meint insbesondere, dass Menschen mit Berufsausbildung, aber ohne Abitur, die ein Studium aufnehmen wollen, nicht länger erst auf Probe studierenden oder eine Zulassungsprüfung absolvieren müssen.
- dass Studierende im Rahmen ihres Fachbereiches frei sind, ein beliebiges Thema für Abschlussarbeiten zu wählen.

- dass es Studierenden durch Freistellungen von im Curriculum verankerten Veranstaltungen ermöglicht wird, im Sinne der Lissabon-Konvention äquivalente Veranstaltungen an anderen Hochschulen zu besuchen.
- dass die Mitarbeiter*innen in den Prüfungsämtern unabhängig sind und keine weiteren, prüfungsrelevanten Funktionen innerhalb der Hochschule inne haben.
- dass es neben in Vollzeit angestellten Studien- und Fachberater*innen auch in Vollzeit angestellte, unabhängige Prüfungsberater*innen an den Hochschulen gibt.
- dass die Mitglieder der Prüfungsausschüsse adäquat juristisch (sozial- und verwaltungsrechtlich) geschult werden.
- dass Qualitätssicherungsbeauftragte und das Netzwerk zur Qualitätssicherung an den Hochschulen besser eingebunden werden. Damit einher geht die Forderung, dass Lehrevaluationen an den Hochschulen und so die Einschätzung der Qualität der Lehre und Lehrenden Konsequenzen mit sich bringt, die sich nachhaltig auf die Verbesserung der Lehrveranstaltungen und didaktischen Gestaltung dieser auswirken.+

Unabhängigkeit von Forschung und Lehre Die KTS fordert...

- dass alle Exzellenzinitiativen des Bundes und des Landes Thüringen zu Gunsten einer erhöhten Grundfinanzierung der Hochschulen eingestellt werden.
- dass es für die Hochschulen keine Notwendigkeit gibt, Drittmittel für den Erhalt von Forschung und Lehre einzuwerben. Damit einher geht die Forderung nach einer ausreichenden Grundfinanzierung. Über diesen Grundfinanzierungsbetrag des Landes hinaus eingeworbene Drittmittel sind transparent zu machen und dürfen einen Anteil am Grundfinanzierungsvolumen der Hochschulen über 20 % nicht übersteigen.
- dass die Hochschulrankings die bisher als Qualitätsindikatoren für Hochschulen gelten, nicht weiter geführt werden. Stattdessen sollen an den Hochschulen flächendeckende Lehrevaluationen, Bilanzierungen über Studiengang- und abschlussphasen und bei Studiengängen, die mit mehr als 6 Semester Mindeststudiedauer geplant sind, auch Zwischenbilanzierungen durchgeführt werden.
- Die Hierarchisierung zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Universitäten und künstlerischen Hochschulen aufzulösen. Alle staatlichen Hochschultypen sollen gleichberechtigt nebeneinander stehen.
- dass die Zivilklausel im Thüringer Hochschulgesetz verankert wird und so auch ihren Platz in den Grundordnungen der Hochschulen finden muss. Damit lehnen wir jede Form von militärischer Forschungsförderungen an den Hochschulen ab.
- dass dem Verfassungsschutz keine Plattform an den Hochschulen mehr geboten wird und keine Lehrveranstaltungen und -angebote mit oder durch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz mehr durchgeführt werden.

Demokratisierung Die KTS fordert...

- dass alle Gremien der Hochschulen hinsichtlich der Anzahl der Personen wie auch der Stimmen paritätisch besetzt sind und öffentlich tagen.
- dass allen Angehörigen der Hochschulen neben ihrer Tätigkeit an der Hochschule, ohne Einschränkungen ermöglicht wird, in Hochschulgremien mitzuwirken.
- dass die Gremien tatsächlich der Entscheidungsfindung und nicht nur der Bestätigung von vorformulierten Beschlussvorlagen dienen. Die Vertreter*innen der Statusgruppen sollen frei in ihrer Mandatsausübung sein, sodass sie zum Wohle der gesamten Hochschule und nicht nur ihren eigenen Interessen entscheiden können.
- dass die Hochschulräte zu einem rein beratenden Gremium werden, welches sich aus Vertreter*innen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche, wie zum Beispiel Gewerkschaften, zusammensetzt. Damit einher geht die Stärkung der Kompetenzen der Senate gegenüber den Präsidien.
- dass es flächendeckend Landesstudienvertretungen gibt und diese sich in einer Bundesstudierendenvertretung organisiert.

Gute Arbeit an Hochschulen Die KTS fordert, ...

- dass es eine personalrechtliche Vertretung für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte und studentische Beschäftigte an Hochschulen.
- dass an den Hochschulen Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die für eine positive Arbeitsatmosphäre für alle Hochschulangehörigen sorgt.
- dass Studierende unter einen eigenen, mit dem Land verhandelten Tarifvertrag fallen.
- dass Studierende intern nicht mehr als Sachmittel berechnet werden.

Ausbau wissenschaftlicher Infrastruktur Die KTS fordert, ...

- dass der Zugang zu Fachpublikationen und Journals generell frei und kostenlos ist.
- dass die Rechentechnik an den Hochschulen auf dem aktuellen Stand und für die Studierenden zugänglich ist
- dass Bibliotheken deutlich längere Öffnungszeiten an jedem Wochentag aufweisen.
- dass die Öffnungszeiten der Bibliotheken ausgeweitet werden.
- dass es in den Hochschulbibliotheken ausreichend technische Infrastruktur gibt, um wenigstens den Hochschulangehörigen die Arbeit ohne eigene Technik sowie insbesondere kostenlose Scans von Literatur zu ermöglichen.

Infrastruktur für studentische Care- und "Reproduktionsarbeit" Die KTS fordert, ...

- dass das StuWe vom Freistaat Thüringen ausfinanziert werden muss .
- dass die verantwortlichen Akteur*innen für ausreichenden und günstigen Wohnraum, nicht nur für Studierende, sorgen.
- dass der soziale Wohnungsbau Vorrang in der Städteplanung bekommt
- ein elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss ohne Darlehensanteil.
- fordert die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer in Thüringen. Die sogenannte "Zweitwohnung" stellt vor dem Hintergrund des geringen bis nicht vorhandenen Einkommens eine Belastung allein durch die Miete dar. Die Zweitwohnungssteuer ist somit eine Benachteiligung für Studierende, welche aus verschiedenen Gründen ihren Hauptwohnsitz nicht am Studienstandort anmelden können.
- dass die Mensen mit ausreichend Kapazitäten ausgestattet werden
- gutes, bezahlbares Essen für Studierende
- dass das Mitarbeiter*innenessen kostendeckend von den Mitarbeiter*innen bezahlt wird.
- ein vielfältiges Angebot an veganem und vegetarischem Essen
- dass Nahrungsmittel tierischen Ursprungs ausschließlich aus regionaler und ökologischer Landwirtschaft stammt.
- eine flächendeckende Abendmensa

Investition in Bausubstanz Die KTS fordert, ...

- dass den Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Investitionsstau beim Hochschulbau abzubauen und die Hochschulen zukünftig mindestens instand gehalten werden können.
- dass die Hochschulen bereits bestehende Gebäude barrierefrei ausbauen und Neubauten von vornherein so planen. Um den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden, müssen auch weiter reichende Maßnahmen umgesetzt werden, die sich nicht nur nach den derzeit bestehenden Erfordernissen von Hochschulangehörigen richten dürfen - die Barrierefreiheit muss geschaffen werden, unabhängig von den aktuellen Notwendigkeiten.
- dass die Hochschulen ausreichende Kapazitäten in Seminarräumen, Hörsälen, Rechnerpools, etc. bereitstellen.

Verkehrsinfrastruktur Die KTS fordert,

- dass Studierende, Auszubildende und Schüler*innen mit einem vergünstigten Tarifangebot den Öffentlichen Nahverkehr und den Regionalbahnverkehr nutzen können.
- dass der öffentliche Nahverkehr an den Hochschulstandorten ausreichend ausgebaut ist, um eine optimale Mobilität an den Standorten vor allem für Lehramtsstudierende und Studierende in Hochschulverbänden zu gewährleisten.
- dass die Hochschulstandorte fahrradfreundlich ausgebaut werden.

Folgende Punkte sind noch zu ergänzen:

- Lehrer*innenbildung

[Bearbeiten] Sonntag 09.02.

- Anwesend: Arne Nowacki, Christian Schaft, Mandy Gratz, Marcel Helwig, Torsten Zern
- Niemand hat die Absicht eine Hochschule zu schließen.
- Blühende Hochschullandschaften
- Die Hochschullandschaft wird sicher sein
- friedliebende Hochschullandschaft des Freistaats Thüringen

[Bearbeiten] Forderungskatalog

Hochschule als inklusiver Lebensraum Die KTS fordert,

- dass es eine Frauenquote in Forschung und Lehre und in der Selbstverwaltung gibt, deren Nichteinhaltung Konsequenzen hat.
- dass Hochschulen Bildungsort für alle Menschen sind.
- dass auch Menschen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung ohne Hürden wie ein Probestudium aufnehmen können.
- dass es eine flexible, kostenlose, alterunabhängige, bestenfalls campusintegrierte Kinderbetreuung für alle ANgehörigen der Hochschule gibt.
- dass Lernende auch in der Verwaltung nicht nach geographischer Herkunft segregiert werden.
- dass der Hochschulzugang unabhängig von der Bildungsbiographie und sozioökonomischer Herkunft der Lernenden gesichert ist.
- dass Studienverläufe unbürokratisch und ohne Antragsverfahren den Lebensrealitäten der Lernenden angepasst werden können.

Präambel

Die Hochschullandschaft soll von einer soziologisch und ökologisch nachhaltige Wissenschafts- und Forschungspolitik geprägt sein. Wir möchten Hochschule als inklusiven Lebensraum verstanden wissen, der auf der Grundlage eines Bildungsbegriffes fußt, welcher Bildung als gesellschaftliche Gesamtaufgabe und Menschenrecht ansieht. Eine solche Hochschule produziert erzeugt keine Ausschlüsse (Formulierungsvorschlag: Eine solche Hochschule schließt keinen Menschen aus.; optional aufzählung und dann den folgenden teil anschließen.). Sie ist von Anfang an geschlechtergerecht. Sie ist antirassistisch. Sie ermöglicht einen klassennunabhängigen Zugang zu Bildung. Sie begleitet Menschen von dem Moment an, an dem sie sich für ein Studium entscheiden und begleitet sie über ihr Studium hinaus, auch wenn sie dieses abbrechen. Die sozial gerechte Hochschullandschaft zeichnet sich durch ein ganzheitlich familienfreundliches Klima aus und verpflichtet sich darüber hinaus ihren Angehörigen jene Hilfen zur Verfügung zu stellen, die sie zur Bewältigung des hochschulspezifischen Alltages benötigen. Hochschulen sind Lebensräume. Dies muss das System Hochschule anerkennen und berücksichtigen.

Wir erwarten, dass sich die Hochschulen konsequent zur Demokratie verpflichten. Der Wahl von Präsidialkabinetten, die im Anschluss quasi autokratisch Entscheidungen treffen können, muss daher Einhalt geboten werden. Vielmehr gilt es, die demokratischen Entscheidungsgremien (Fakultätsrate, Senate, Ausschüsse,...) zu stärken, die gleichermaßen durch Vertreter*innen aller Statusgruppen zu besetzen sind. Wichtig ist, dass diese Gremien ihre Entscheidungen auf der Grundlage von Diskussionen und nicht dem bloßen Verlesen von Beschlussvorlagen treffen.

Eine solche Hochschullandschaft ist geprägt durch den Anspruch und das Verständnis dafür, dass Militärforschung und Rüstungsgelder in der Lehre und Forschungen keinen Platz haben dürfen. Auch die Beeinflussung durch staatliche Institutionen wie dem Verfassungsschutz muss ein Ende haben.

Wenn der gesamte Komplex "Bildung" als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird, ist es unabdingbar dass auch die gesamte Gesellschaft am Gelingen mitarbeitet, auch in finanzieller Hinsicht. (WW Gesamt) Daher ist es notwendig, dass Bund und Länder gemeinsam die Kosten für staatliche Bildungseinrichtungen tragen und das sogenannte Kooperationsverbot aufgehoben wird. Weitergehend muss darauf hingewirkt werden, dass die aufgrund des Bildungsföderalismus bestehenden Hürden abgebaut werden und bundeseinheitliche Vorgaben Anwendung finden.

Diese Hochschule nimmt all ihre Lernenden als eigenständige Persönlichkeiten an, trägt aber zur Weiterentwicklung ihrer Person durch vielfältige Impulse bei. Lehrende qualifizieren sich für diese Aufgabe in hochschuldidaktischen Seminaren, welche durch die Grundlagenkompetenzen aus der Erwachsenenbildung unterfüttert werden.

[Bearbeiten] Weiteres Verfahren

- Schafti wird ein Pad erstellen in dem der Forderungskatalog nochmal reingestellt wird. Dieses Pad wird mit der Aufforderung der Zuarbeit (Ergänzungen, Überarbeitungen, etc.) bis zur KTS Sitzung über den Verteiler. Dann soll es beschlossen werden.

https://pad.riseup.net/p/Forderungskatalog_KTS -> Pad zur weiteren Bearbeitung und Diskussion bis zur nächsten Sitzung

[Bearbeiten] Sonntag 09. Februar

[Bearbeiten] Brainstorming "wie begleiten wir die Landtagswahlen?"

- Wahlprüfsteine
 - Torsten meint, dass 2009 fast alle Fraktionen/Parteien geantwortet haben
 - Marcel meint, dass Wahlprüfsteine ermüdend sind. Diese werden nur wieder als Broschüren gedruckt die die Studierendenschaften mehr oder weniger verteilen.
 - sehr viel Aufwand, vllt besser als technische Lösung umsetzen? -> Wahlomat.
 - Mandy: hatte der fzs zur Bundestagswahl gemacht. Kann ja mal angefragt werden.
 - Fürrede zu Wahlprüfsteinen von Arne, Christian und Torsten.
 - wenn einzelne Parteien gar nicht oder zu einzelnen Fragen nicht antworten, wird das entsprechend so vermerkt.
 - Wahlprüfsteine können auch als Grundlage für weitere Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen verwendet werden
- weitere Ideen
 - Podiumsdiskussionen
 - wären dann wohl eher die Landesverantwortlichen für Bildungspolitik bzw. Spitzenkandidat*innen.
 - die Studierendenräte vor Ort müssten sich entsprechend mit um die Organisation kümmern, z.B. aber die Anfrage von Personen könnte über die KTS laufen.
 - FSU HoPo-Ref plant bereits eine Diskussion mit den bildungspolitischen Sprecher*innen
 - Problem ist, dass das vermutlich weniger das Referat als vielmehr das STEP against ist. Dieses wiederum ist von Pirat*innen unterwandert. Das führt auch dazu, dass sämtliche Werbemittel nur noch von STEP against sind, der StuRa als Finanzier "darf" nicht auftauchen.

- eine weitere Möglichkeit wäre, Zettel zu verteilen auf denen die Menschen Fragen notieren können. Diese werden nach der Politiker*innenvorstellung eingesammelt und ausgewertet - dann gestellt.
 - Mandy: ESU hatte die Idee eines Prädikats (für Bildung), fzs hat das zurecht kritisiert.
 - KTS hat wohl weiter das Problem, dass sie das "Prädikat" parteilich bekommen hat.
 - Die Diskussion ergibt, dass die KTS die wohl ihre eigenen Positionen in Beziehung zu einzelnen anderen Stellen könnte (Wahl-O-Mat), aber die Transferleistung nicht erstellt werden sollte.
 - Mandy meint dazu, dass das Verbinden der Positionen der KTS mit denen der Parteien deswegen schwierig werden könnte, da die KTS nicht selbst zu Wahl steht.
 - Arne empfiehlt ein Flugblatt zu konzipieren, auf dem erläutert wird, wieso die Landtagswahl so wichtig ist.
 - Christian sagt, dass es wichtig ist einen Zeitplan zu entwickeln.
 - Marcel wirft noch die Frage in den Raum, ob nur die Fraktionen oder auch andere Parteien angeschrieben werden.
 - schwierig. Konsens ist, dass z.B. der NPD kein Platz gegeben werden soll. Es könnte zum Beispiel nach Umfragen ausgewählt werden - ist aber fraglich, ob es so früh sinnvolle Prognosen gibt, außerdem müsste die AfD wohl mit eingeladen werden. Ansonsten könnten wir uns auf die im Landtag vertretenen Parteien beschränken, das ist allerdings hinsichtlich demokratischer Grundsätze schwierig zu bewerten.
 - Zusammenarbeit mit politischen Hochschulgruppen? Beispielsweise wie bei "Fakt ist", also die Hochschulgruppenvertreter*innen direkt auf das Podium zu setzen.
 - Christian wirft noch das Konzept "Blindkandidat*innenvorstellung" in den Raum (analog zur Veranstaltung im filler).
 - Mandy hält die Idee mit den Jugendverbänden für gut. So werden die Inhalte direkt von einer ähnlichen Altersgruppe vorgestellt. Die Anonymisierung hält sie aber für schwierig.
 - Christian merkt noch an, dass die Zettel und Prüfsteine usw. in Kooperation mit den Gewerkschaften erstellt werden könnten.
 - Mandy fragt, ob wir einen generellen Wahllappell in die Studierendenschaften tragen wollen.
 - werden auch immer Erstwähler*innen dabei sein, daher wäre eine Klarstellung bezüglich der Relevanz von Wahlen insgesamt gut.
 - Die Einbezugnahme von Gewerkschaften und insbesondere den Jugendgruppen der Gewerkschaften (gerade für Aktionen) wäre für den generellen Appell gut
 - Frage wäre nun, welche Gewerkschaften angefragt werden sollen.
 - Arne ist für GEW, ver.di und DGB. Mandy merkt an, dass die IG Metall wegen "Revolution Bildung" noch gut wäre.
 - Frage nach Organisation
 - Es wird ein Zeitteller an die Pinnwand gepinnt.
 - grober Zeitplan:
 - bis ende März wird der Fragenkatalog ausgearbeitet und den Parteien zugestellt.
 - Antwortzeitraum ist bis zur Woche vor der EU/Kommunalwahl
 - im Juni: Podien mit Spitzenkandidat*innen, Sprecher*innen Bildungspolitik, Hochschulgruppen, LeBi
 - Ende Juni wird der Katalog mit den Prüfsteinen veröffentlicht
 - in der letzten Vorlesungswoche wird der allgemeine Wahllappell veröffentlicht
 - Zuständige Personen Fragenkatalogerstellung im pad: Arne, Mandy,
 - Zuständige Personen Schreiben an Parteien: Sprecher*innen
 - Verteilung Podien: in jeder vollen Juni Woche ein Podium: Spitzenkandidat*innen, Hochschulgruppen, Bildungspolitik, LeBi (in Erfurt).

[Bearbeiten] Abschlussrunde / Termine / Sonstiges

- Termin nächste KTS Sitzung
 - Arne schlägt den 28.02. vor.
 - Christian kann nicht.
 - Mandy schlägt den 27. vor
 - Christian kann nicht.
 - Mandy schlägt den 17. vor
 - Christian kann nicht
 - es wird der 21. vorgeschlagen.
 - die Meisten der Anwesenden können
 - 16:30 Uhr in Weimar